75. Jahrgang. Nr. 437

Donnerstag, 17. September 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 RM. (einschließlich 80 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.40 RM. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 18 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Dauersitzung des Reichskabinetts

Bankaufsicht – Notstandsarbeiten – Siedlung

Berlin, 16. Sept. Das Reichskabinett tagte am Mittwochnachmittag von 16,30 bis 19,30 Uhr und trat dann gegen 21,30 Uhr erneut zusammen, um die Beratungen über das Wirtschaftsprogramm fortzusetzen. In der Nachmittagssitzung sind, wie verlautet, die Fragen der Bankenaufsicht und der Aktienrechtsreform besprochen worden. Die Beratungen hierüber sind zu einem gewissen Abschluß gelangt. Die Veröffentlichung der Regierungsmaßnahmen auf diesem Gebiet soll im Zusammenhang mit den übrigen Beschlüssen Ende der nächsten Woche erfolgen. Amtlicherseits werden über das Aussehen der Maßnahmen auf dem Bankengebiete noch keinerlei Mitteilungen gemacht, doch geben Auslassungen, die sich heute in dem Berliner Zentrumsorgan, der „Germania", befinden, schon einigen Anhalt dafür, in welcher Richtung sich die Bankenaufsicht bewegen wird. Das Zentrumsorgan teilt nämlich mit, **„daß weder die Forderungen der Banken, jede Staatsaufsicht zu vermeiden, noch aber auch die Forderungen der Sozialdemokratie nach Errichtung eines Amtes für Bankpolitik, daß eine planwirtschaftliche Lenkung des Kapitalstromes zur Aufgabe haben sollte, verwirklicht werden. Vielmehr hält sich der Gesetzentwurf des Reichswirtschaftsministeriums an das Wort des Kanzlers,**

daß das freie Bankgewerbe nicht vernichtet werden soll,

wie es der Fall gewesen wäre, wenn die sozialdemokratische Forderung, daß das Reich, nachdem es im großen Umfange Risiken im Bankgewerbe übernommen habe, nun auch die verantwortliche Führung und Leitung des Bankgewerbes übernehmen müsse, verwirklicht worden wäre." Daraus geht hervor, daß das Kabinett sich die gerade in der letzten Zeit wiederholt und mit Betonung zum Ausdruck gebrachten sozialdemokratischen Forderungen hinsichtlich der Bankenaufsicht nicht zu eigen gemacht hat. Wie die Sozialdemokratie darauf reagieren und ob es ihr gegebenenfalls gelingen wird, auch auf dem Gebiete der Bankenaufsicht wieder eine Durchlöcherung der betreffenden Regierungsmaßnahmen zu erzielen, steht im Augenblick allerdings noch dahin. Das Kabinett selbst wird morgen seine Beratungen fortsetzen und sich auch

mit dem Plane umfassender Notstandsarbeiten befassen, die von der öffentlichen Hand vergeben werden sollen, um der Wirtschaft einen neuen Auftrieb und dem Arbeitsmarkt eine Entlastung zu schaffen.

Allerdings werden gegen diese Pläne in verschiedenen Kreisen finanz- und währungspolitische Bedenken erhoben, und es ist daher durchaus denkbar, daß die Regierung, um alle größeren Belastungen des Etats mit Ausgaben so weit als möglich zu vermeiden, von diesen Plänen, die zur Zeit noch der Prüfung der zuständigen Ressorts unterliegen, Abstand nimmt. Zu dem vom Reichsfinanzminister Dietrich aufgestellten Plan der Besiedlung der Ränder der Großstädte durch langfristige Arbeitslose verlautet, daß der Reichsarbeitsminister Stegerwald Zusatzvorschläge eingebracht hat, in denen mit Rücksicht auf die Bedenken, denen das Projekt Dietrichs begegnete, vorgeschlagen wird, zunächst einmal daran zu gehen,

die vom Lande stammenden Erwerbslosen wieder auf das Dorf zurückzupflanzen, ehe daran gegangen wird, Erwerbslose, die mit landwirtschaftlichen Dingen wenig oder gar nicht vertraut sind, anzusiedeln.

Eine Entscheidung des Kabinetts über diese Siedlungsprojekte ist noch nicht gefallen; sie dürfte erst in den nächsten Tagen erfolgen.

Zu den Vorschlägen, die heute in einem Berliner demokratischen Blatt gemacht werden, das laufende Etatjahr so zu verlängern, daß es wie das Schuldenfeierjahr am 30. Juni enden würde, um den Reichsfinanzminister der Notwendigkeit zu entheben, die im Youngabkommen festgesetzte Jahreszahlung für 1932 in den nächsten Haushaltplan einzustellen, wird von zuständiger Stelle erklärt, daß amtliche Stellen diesen Vorschlägen fernstünden. Das Reichskabinett habe sich angesichts der Belastung mit dringlichen Augenblicksaufgaben mit der Frage, was nach Ablauf des Schuldenfeierjahres geschehen solle, auch noch gar nicht beschäftigen können. Hier gelte es zunächst einmal abzuwarten, wie sich der im Dezember zusammentretende amerikanische Kongreß zu dem vom Präsidenten Hoover inaugurierten Schuldenfeierjahr stellen werde. Den Meldungen, daß Hoover eine Verlängerung des Schuldenfeierjahres vorzuschlagen beabsichtige, steht man in Berlin skeptisch gegenüber, weil man glaubt, daß Hoover einen so bedeutungsvollen Schritt nicht ohne Fühlungnahme mit dem Kongreß unternehmen würde. Da der Kongreß aber erst Ende des Jahres zusammentritt, werde die Frage der Kriegsschulden und Reparationen bis zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich ruhen.

Die Angestellten fordern Rechtsregierung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. Sept. Der Reichsbund Deutscher Angestelltenberufsverbände hat in diesen Tagen seinen Vorstand einberufen, um zu der gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. In einer Entschließung wurde auf die Erklärung des Reichskanzlers Brüning hingewiesen, daß mit einer Arbeitslosenziffer von 7 Millionen in dem unmittelbar bevorstehenden Winter zu rechnen sein werde. Vergeblich wartete jetzt die Arbeitnehmerschaft darauf, daß die Regierung wirklich ernsthafte Sanierungsmaßnahmen treffe. Während in England selbst der Führer der bisherigen Arbeiterpartei durch die Bildung einer nationalen Einheitsregierung alle Volkskräfte zur Rettung zusammenfasse, sträube sich bei uns die Regierung immer noch, endlich die notwendige Regierungserweiterung nach rechts zur vollen Aktions- und Handlungsfähigkeit vorzunehmen.

Hoffnung auf Hoover

Zum zweiten Male dringt eine frohe Botschaft an unser Ohr. Wiederum aus dem Weißen Haus in Washington, dem Sitz des amerikanischen Präsidenten Hoover. Das Schuldenfeierjahr soll um drei bis fünf Jahre verlängert werden. Zunächst war die Kunde undeutlich, wenig glaubhaft. Es schien so, als ob hier in erster Linie der Wunsch der Vater des Gedankens sei, zumal das Gerücht von weiteren geplanten Aktionen des Weißen Hauses nicht direkt von Amerika kam, sondern auf dem Umwege über das allerdings bedeutendste englische Blatt, die „Times", das anscheinend die Gerüchte, die aus Hoffnungen, Wünschen und Vermutungen bestanden, in eine feste Form gegossen hatte, aus der zwar noch keine Tatsache, aber doch ein sehr realer politischer Plan entstand. Kaum hatte die neue Kunde auf dem Wege über die „Times" die Runde durch das politische Europa gemacht, da kamen schon aus Washington selbst Nachrichten, die zeigten, daß Hoover und seine Mitarbeiter bereits eifrig über die Möglichkeiten eines neuen Schuldenfeierjahres mit maßgeblichen amerikanischen Bankiers beraten.

Es war ja leider zu einer Tatsache geworden, die nachgerade jedem Kinde geläufig wurde, daß das erste Hooverfeierjahr gewiß eine schöne Geste war, jedoch nicht die Rettungsaktion wurde, die es werden sollte. Als es Anfang Juli Tatsache wurde, hat es uns sogar in den ersten Wochen mehr gekostet als die Tribute eines ganzen Jahres. Zunächst erkannten die Geldgeber der ganzen Welt plötzlich, daß Deutschland am Ende seiner finanziellen Kraft angekommen war. Und sie taten das, was von ihnen sonst hochmütig als das Vorrecht der kleinen Leute betrachtet wurde: sie kündigten plötzlich ihre gesamten Kredite in Deutschland, was genau so wie ein allgemeiner Sparersturm auf eine gefährdete Bank zur Zahlungsunfähigkeit Deutschlands führen mußte. Die Folge war die schwere Kreditkrise vom 16. Juli, die den deutschen Zahlungsverkehr auf Wochen hinaus lahmlegte. Nach der Sperre des Devisenverkehrs hatte Deutschland immerhin das Doppelte seiner Tribute auf diese Weise an das Ausland zurückzahlen müssen. So wurde die Wirkung des Hooverjahres in ihr glattes Gegenteil für Deutschland verkehrt. Die Wirtschaftskrise hatte sich infolge des zusammengeschmolzenen Goldvorrates und der dadurch bedingten Verknappung des Zahlungsmittelumlaufs verschärft. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht vergessen, daß die wochenlangen Schwierigkeiten, die Frankreich bis zur endlichen Zustimmung zum Plane bereitete, die Nervosität unserer Gläubiger erst hervorgerufen hat.

Unterdessen wurden die Wochen zu Monaten, und man mußte eigentlich schon langsam an die Zurücklegung der ersten Nachzahlungsrate für das Moratorium und für die wieder aufzunehmenden Tribute denken. Und doch weiß jedermann, daß weder die Lage der deutschen Wirtschaft noch die Weltwirtschaft auch nur die Spur einer Besserung unter dem Hooverjahr erkennen läßt. Was von deutscher Seite stets betont wurde, ist jetzt klar zu erkennen: ein einjähriges Moratorium konnte für das durch zwölfjährige Tributopfer, durch Inflation und Weltwirtschaftskrise geschwächte Deutschland noch keine Erholung bedeuten. Zumal die Zurückziehung von 4 Milliarden kurzfristiger Kredite ja überdies für Deutschland ein doppelt so schwerer Aderlaß ist als die Weiterzahlung der Tribute. Es herrschte deshalb in Deutschland ziemlich einmütig die Ueberzeugung, daß an eine Wiederaufnahme der Tribute in der alten Form und Höhe nach Ablauf des Hooverjahres gar nicht zu denken sei. Daß sich aber daraus angesichts der gespannten Beziehungen zu dem Hauptnutznießer der Reparationen, Frankreich, neue gewaltige Schwierigkeiten ergeben müßten, war ebenfalls ohne Zweifel. Die Ungewißheit, die so auf dem Schicksal Deutschlands lastete, mußte natürlich an Stelle der durch das Hooverjahr ursprünglich erhofften Beruhigung neue Unruhe schaffen, die keinem Volke von Nutzen sein konnte. Auch nicht Frankreich, das, wie die ersten Anzeichen erkennen lassen, bei fortdauernder Weltwirtschaftskrise, ebenfalls auf die Dauer nicht verschont bleiben kann.

Kein Wunder, daß alle Welt auf ein neues Ereignis zu hoffen begann. Indessen, es geschah vorläufig nichts, und die Welt sank immer tiefer in Resignation, das notwendige Vertrauen verschwand mehr denn je. Schließlich wurde von überall her die Forderung erhoben, Deutschland und Frankreich sollten sich verständigen. Wer aber die Rede Briands in Genf und das Echo der Rede des deutschen Außenministers in Paris gelesen und gehört hatte, für den ergab es sich zum tausendsten Mal, daß auf absehbare Zeit von Frankreich allein nichts zu hoffen ist. Die Franzosen sagen Verständigung und meinen Unterwerfung. Es wird immer klarer, daß keine deutsche Regierung, sie mag aussehen wie sie will, die Forderungen Frankreichs annehmen kann.

Soll aber wegen der französischen Starrköpfigkeit das Chaos in der Weltwirtschaft weiter wachsen? Selbst ein so wohlhabender Staat wie England spürt, wie ihm sein Reichtum wie mit Zauberhänden Tag für Tag aus den eben noch gefüllten Kassen genommen wird. Die Tatsache,

Die Lohnrevolte in der Atlantikflotte

Offene Gehorsamsverweigerung

London, 16. Sept. Auf dem Linienschiff „Rodney" weigerte sich die Mannschaft, die Boote, die den Verkehr zwischen Schiff und Land unterhalten, zu besetzen. Auf dem Kreuzer „York" hat am Dienstagnacht, nachdem im Schiff „Licht aus" gepfiffen war, eine geheime Versammlung der Mannschaft stattgefunden, in der beschlossen wurde, sich dem Streik anzuschließen. Die Streikbewegung ging am Dienstag von den Linienschiffen „Rodney" und „Valiant" aus und verbreitete sich schnell auf die anderen Schiffe der Flotte. Die Großkampfschiffe „Hood", „Malaya", „Repulse", „Warspite" und Kreuzer „Dorsetshire", „Norfolk" und „Exeter" sind ebenfalls von der Streikbewegung ergriffen. Die Mannschaften haben sich zwar noch keine Ausschreitungen zuschulden kommen lassen, jedoch ist die Lage sehr gespannt. Die Matrosen erklären, sie würden auf ihrer Gehorsamsverweigerung bestehen, wenn die Admiralität ihre Forderungen nicht erfüllt.

Zu den Vorgängen an Bord der Schiffe erfährt die „Evening News" noch, daß nach der Flaggenparade am Dienstag vormittag die Mannschaften sich weigerten, die Anker zu lichten. Sie brachten

drei Hochrufe auf den König

aus, um zu zeigen, daß sie mit ihrer Art der Gehorsamsverweigerung in keiner Weise illoyal gegen den König seien. Sie setzten sich dann rücklings auf die Ankerketten, so daß die Anker nicht gelichtet werden konnten. Die Hochrufe auf den König wurden zuerst auf dem Linienschiff „Rodney" ausgebracht und dann von den Mannschaften der übrigen 15 Schiffe aufgenommen. Die Mannschaften hatten zunächst damit erreicht, daß die Schiffe nicht in See gingen. Sie machten dann „Freizeit". Am Mittwochvormittag wiederholte sich das Schauspiel, daß die Matrosen nach der Flaggenparade ein Hurra auf den König ausbrachten. Die Heizer hatten sich jetzt geweigert, Dampf aufzumachen.

Die Mannschaft des Kreuzers „Norfolk" sandte einen Brief an die Admiralität, obwohl alle Kommandanten Beruhigungsansprachen an ihre Mannschaften gehalten hatten. Die Verheirateten unter den unzufriedenen Mannschaften sind besonders empört über die großen Abstriche bei den Zulagen, die sie bei Trennung von ihren Familien für deren Unterhalt bekommen.

Auf den englischen Kriegsschiffen in China

herrscht ebenfalls Unzufriedenheit über die Lohnherabsetzungen, jedoch sind dort bisher keine Disziplinwidrigkeiten vorgekommen.

Chamberlain verspricht Abhilfe

London, 16. Sept. Der Erste Lord der Admiralität, Sir Austen Chamberlain, erklärte im Unterhaus zu den Vorgängen auf den Schiffen der Atlantischen Flotte: Die Admiralität hat die Vorstellungen des Oberbefehlshabers der Atlantischen Flotte über die Benachteiligung der Seeleute einiger Soldklassen durch die von der Regierung angeordneten Kürzungen der Löhnung geprüft. Die Regierung hat ihre Admiralität ermächtigt, Vorschläge zu machen, um die Lage der Seeleute in den angeführten Fällen zu erleichtern, sobald die Tatsachen durch die geplante Untersuchung bestätigt sein werden.

Die Admiralität veröffentlicht heute abend eine Erklärung, worin nachgewiesen wird, daß sich die 25%ige Soldkürzung in der englischen Flotte nur auf den Grundsold bezieht, während die übrigen Zuwendungen einschließlich der Bezüge für die Familie davon nicht betroffen werden, so daß die Herabsetzungen im Vergleich zu den Gesamtbezügen nur 7,7% bis 18,6% betragen. Die größtmögliche Kürzung trifft die jüngsten und meist unverheirateten Grade. Da jedoch eine Reihe von diesen vor Erreichung des für die Familienzuwendungen vorgeschriebenen Alters geheiratet haben, werden sie durch die Kürzungen besonders hart getroffen, und es werden in diesem Zusammenhang Erleichterungen erwogen.

Unzufriedenheit auch im Armeearsenal

London, 16. Sept. Die Arbeiter im Armeearsenal haben Abordnungen ins Kriegsministerium entsandt, die gegen die Lohnherabsetzung Einspruch erheben und über eine Neuregelung verhandeln sollen.